

## Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Oktober 2009, 20.00 Uhr im Ratssaal

### Gemeindevertretung

Staengle, Horst	Vorsitzender	entschuldigt
Karolus, Oswin	stellv. Vorsitzender	
Scheler Eckstein, Victoria	stellv. Vorsitzende	
Swirschuk, Andreas	stellv. Vorsitzender	

Beemelman, Bernhard		entschuldigt
---------------------	--	--------------

Birkmeyer, Ruth		
Cavelius, Volker		
Daley, Dieter R.		
Dietz, Bruno		
Dressler, Ingrid		
Eisele, Horst		
Fastanz, Wencke		entschuldigt

Fuchs, Barbara		
Henning, Reinhold		entschuldigt

Ickler, Winfried		
Kaus-Schmidt, Sabine		
Karcher, Heike		
Nadler, Manfred		entschuldigt

Richter, Gerhard		
Roos, Jürgen		
Roos, Stefan		
Rühl, Willi		

Schadt, Andreas		
Schmidt, Christian		
Schöps, Melanie		entschuldigt

Schopper, Dennis		
Seibel, Frank		
Sittmann, Carsten		
Socket, Nina		

Stadion, Berthold		
Swets, Charlotte		
Swets, Jury		
Wild, André		

Winkler, Bernhard		entschuldigt
-------------------	--	--------------

Zeelen, Heike		
Zeelen, Paul		entschuldigt

Zink, Sigrid		
--------------	--	--

### Gemeindevorstand

Arnold, Jürgen	Bürgermeister	
Bernhard, Rolf	Beigeordneter	
Buhrmester, Regina	Beigeordnete	
Egner, Heinrich	Beigeordneter	
Erb, Günther	Beigeordneter	
Staengle, Heike	Beigeordnete	entschuldigt
Teuscher, Dietmar	Beigeordneter	
Zink, Wilfried	I. Beigeordneter	

### Schriftführerin

Anette Welp

Der stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung, Oswin Karolus, begrüßt die Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, die Zuhörer und die Presse.  
Herr Karolus stellt fest, dass die Einladungen fristgemäß zugegangen sind und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

## **TAGESORDNUNG**

- 1. Genehmigung der Niederschrift vom 25.9.2009**
- 2. Bericht des Gemeindevorstandes**
- 3. Beschlussfassung nach Tagesordnung A (falls erforderlich)**
- 4. Haushalt 2010; Einbringung (max. 20 min)**
- 5. Straßenbeiträge**
  - 5.1 Schulstraße 5 bis 70**
    - 5.1.1 Abschnittsbildung
    - 5.1.2 Fertigstellungsbeschluss
    - 5.1.3 Festsetzung des Gemeindeanteils
    - 5.1.4 Festsetzung des Beitragssatzes
  - 5.2 Schulstraße 9 bis 33**
    - 5.2.1 Fertigstellungsbeschluss
    - 5.2.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
    - 5.2.3 Festsetzung des Beitragssatzes
  - 5.3 Schulstraße 35 bis 59**
    - 5.3.1 Fertigstellungsbeschluss
    - 5.3.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
    - 5.3.3 Festsetzung des Beitragssatzes
  - 5.4 Schulstraße 61 bis 83**
    - 5.4.1 Fertigstellungsbeschluss
    - 5.4.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
    - 5.4.3 Festsetzung des Beitragssatzes
- 6. Grundstücksangelegenheiten**
- 7. Antrag der GLT-Fraktion vom 23. September 2009; Lfd-Nr. 601; Kommunale Abfallwirtschaft**
- 8. Anfrage der SPD-Fraktion vom 30. September 2009; Lfd-Nr. 602 Friedhof Geinsheim**
- 9. Anfrage der SPD-Fraktion vom 5. Oktober 2009; Lfd-Nr. 603 Wohnhäuser Obere Pforte 3, 20 und 22 in Trebur, Oppenheimer Straße 22 in Geinsheim und Pfarrgasse 2 in Astheim**

- 1. Genehmigung der Niederschrift vom 25. September 2009**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

- 2. Bericht des Gemeindevorstandes**

### **Deichsanierung**

Am Dienstag, den 27.10.2009 stellte die Fachbehörde mit den Planungsbüros die Umsetzung der Baumaßnahme „II. Deichabschnitt“ vor. Die Zeitschiene sieht den sofortigen Beginn der Arbeiten vor – Herstellung Baustraßen usw.

Der Abschnitt III soll im Frühjahr kommenden Jahres begonnen werden.

Beide Abschnitte und somit die komplette Sanierung und Ertüchtigung des Deiches soll im Winter 2011 abgeschlossen sein.

### **Einrichtung neuer Haltestellen**

Mit Schreiben vom 18.09.2009 teilt die LNVG mit, dass mit dem Fahrplanwechsel am 13.12.2009 auch das Neubaugebiet Oderstraße angefahren wird.

Die Haltestellen werden in Höhe der Lebensmittelmärkte sein und in der Vorderer Oderstraße. Die Haltestellen werden zunächst nicht ausgebaut, weil sonst die beantragten Fördermittel des Landes nicht mehr zur Verfügung stünden.

### **Umgehungsstraße Trebur**

Am 29.10.2009 tagte der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Energie der Regionalversammlung Südhessen in Trebur. Nach einem Ortstermin folgte die Beratung und Entscheidung in der anschließenden Sitzung im Ratssaal.

Die Fachbehörden sowie Fachbüros wurden gehört. Trotz der Einschätzungen der Büros und Behördenvertreter auf Grundlage der rechtlichen Vorgaben, die Parlamente auf europäischer Bundes- und Landesebene beschlossen haben, kommt der Ausschuss zu keinem Ergebnis.

Die Vertreter der SPD erklären, dass sie die Variante 4 derzeit und auch zukünftig ablehnen werden. Die Erklärung wird begründet, dass sie u.a. zu teuer sei, obwohl der Vertreter des Fachbüros und der Fachbehörde zuvor erklärten, dass diese Variante um ca. 1 Mio. € günstiger werde, weil die Brückenbauwerke nicht so mächtig ausfallen müssen.

Die CDU Vertreter kommen zu keinem Ergebnis. Sie schlagen der Versammlung vor, dass die Aufgabenstellung zurück an das Kommunalparlament von Trebur geht, das die UNB- und landwirtschaftliche Variante untersuchen lassen soll.

Dieser Empfehlung schließt sich der Ausschuss einstimmig an, obwohl der Behördenvertreter zuvor aus einem Schreiben des Büros L.A.U.B. – Gesellschaft für Landschaftsanalyse und Umweltbewertung mbH berichtete, wonach die Aussage zur FFH-Verträglichkeit eindeutig sei und jede Variante außerhalb der genehmigungsfähigen Variante 4 keine Chance habe. Das Büro führt mit § 34 Abs. 3 BNatSchG auch gleich die Rechtsgrundlage seiner Einschätzung an.

Mit einer für den interessierten Zuhörer eher süffisanten Bemerkung, meint ein Vertreter des Fachausschusses, dass weitere Untersuchungen zu finanziellen Lasten des RP gehen sollten. Es bleibt der Eindruck, dass die Umgehungsstraße Trebur als ein weiteres Beispiel demokratischen Unvermögens in die Geschichte eingeht.

Unvermögen, weil Demokratie neben Diskussionen letztlich nur leben kann, wenn ihre Gremien auch zu Entscheidungen bereit sind, die sie auf Grundlage von Recht und Gesetz treffen. Wenn Europa und seine Administration den Parlamenten der nationalen Ebenen nur als Schreckensgebilde dient und die Entscheidungen in Brüssel, die im demokratischen Diskurs zustande gekommen sind, nicht akzeptiert, dann fragt sich der Betrachter, mit welcher Überzeugung sich diese Vertreter bei den Wahlen zum europäischen Parlament aus tiefsten Herzen heraus und mit voller Inbrunst als überzeugte Europäer feiern lassen.

### **Wie geht's weiter:**

Die letzte Sitzung der Regionalversammlung ist am 11.12.2009. Bis Ende der zweiten Novemberwoche sollte das Parlament beschließen bei der Variante 4 zu bleiben (Beratung ist in den Sitzungen der kommunalen Fachausschüsse am 04.11. oder 11.11.).

Nach der KIM-Vereinbarung (§ 2 Abs. 3) vom 06.12.2006 ist die Bauvorbereitung darauf auszurichten, dass die Baudurchführung spätestens im Jahr 2010 erfolgt bzw. anläuft. Sie verstehen meine Eile und den Druck, den ich an die zuständigen Gremien gebe, weil die Nichtentscheidung der Regionalversammlung und eine evtl. weitere Verzögerung durch das Kommunalparlament von Trebur das „Aus“ für die Umgehungsstraße auf die nächsten Jahrzehnte sein wird.

Diesen „Schuh“ werde ich mir nicht anziehen lassen – die Nachweise über die fast monatlichen Aktivitäten der Verwaltung und anderer Beteiligten im Verfahren seit dem Jahre 2002 und früher kann ich lückenlos nachweisen, ebenso die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger aus Trebur, die dann ohne Ergebnis „verbrannt“ worden wären.

Nach den fachlichen Gesprächen vom heutigen Tag (Freitag, den 30.09.2009), in denen es ausschließlich um die rechtliche Beurteilung der Nichtbeschlüsse der Regionalversammlung ging, kann ich der Gemeindevertretung nur die untersuchte und als einzig rechtlich durchsetzbare Variante 4 empfehlen.

### **3. Beschlussfassung nach Tagesordnung A**

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig die Tagesordnung so zu belassen.

### **4. Haushalt 2010; Einbringung**

#### **Etatrede 2010**

Guten Abend meine sehr verehrten Damen und Herren,

traditionell beschäftigen sich die Parlamente zum Jahresende mit dem Finanzhaushalt für das kommende Jahr.

Noch nicht traditionell, aber fast allen Gemeinwesen gleich, schließt der Entwurf zum Finanzhaushalt mit einem Defizit ab, das sich anschickt, in schwindelerregende Höhen zu steigen – erst recht, wenn das Haushaltsloch auf dem Papier in Euro ausgedruckt und ausgedrückt wird, der Kopf von Zeit zu Zeit aber noch in DM umrechnet.

Die Finanzen der Städte und Gemeinden sind die Problemzonen Nr. 1.

Hat man eine solche Problemzone, dann redet man möglichst wenig darüber, so auch heute Abend, weil es Wunsch war, die Etatrede auf 20 min. zu begrenzen.

Wie gehen wir aber Problemzonen an - konkret:

Wie nehme ich mit Erfolg ab?

Als erstes muss die Notwendigkeit gesehen werden, dass es Probleme gibt und zum anderen muss der Wille da sein, die Problemzonen auch tatsächlich anzugehen.

Dabei muss, wie im richtigen Leben auch, von der Finanzverwaltung – der Umgang mit öffentlichen Mitteln und Einrichtungen – beachtet werden, dass das Übergewichtige Sein nicht in ein magersüchtiges Nichtsein oder auch Jenseits befördert wird.

5 Fragen sind zu beantworten:

Welche Vorbereitungen müssen wir treffen, um wieder in eine perfekte Ausgangslage zu kommen?

Welches Verhalten ist schädlich und hindert uns die Ausgangslage wieder zu erreichen?

Welche Vorgänge setzen Speck an bzw. kosten einfach nur Geld, bringen das Gemeinwesen aber nicht weiter?

Welche Spielregeln müssen wir beachten, dass wichtige, existentielle Einrichtungen eines Gemeinwesens nicht schwinden und dafür nur Ballast angehäuft wird? Also Kosten produziert werden, die nur kurz- bis mittelfristig tragen.

Wie bringen wir den Menschen vor Ort wieder nahe, dass mit weniger Konsum- und Anspruchsverhalten auch eine „Sättigung“ erreicht werden kann, die uns längerfristig das Überleben sichert?

All diese Fragen müssen wir gemeinsam beantworten, denn

Stück für Stück ... nur gemeinsam schaffen wir's.

Dazu gehört sicherlich unser Konsens zu den noch anstehenden wichtigen Projekten für Trebur:

- Umgehungsstraße Trebur – die nicht nur für Verkehrsentslastung sorgt, sondern auch standortrelevant ist
- Geothermie Trebur GmbH – ein umweltentlastendes Projekt, das in der Aufgabenstellung der „Daseinsvorsorge“ eine sehr bedeutende Rolle spielt
- Jung + Alt = Team = Erfolg

Die gerade gestellten Fragen haben sich aber auch Landkreise, Bundesländer und der Bund selbst zu stellen. Es sind Fragen, die systemrelevant sind, an die Grundfeste der Demokratie gehen können. Wir kennen alle die Ergebnisse der Schwingungsmessungen der in aller Regelmäßigkeit durchgeführten Wahlen. Wissen um die Erschütterungen an der Substanz und erkennen erste Risse im Fundament.

Unsere politische Stabilität beruht auf der Trias

- Demokratie
- Marktwirtschaft
- Sozialstaat

Wenn eine dieser Säulen wegbricht, sind auch die anderen gefährdet. Die Folgen sind Perspektivlosigkeit und immer mehr Stückwerk.

Da hilft keine kleinbürgerliche Vorortpolemik, mag sie noch so liberal vorgetragen werden, sondern nur die Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen bis unters Dach in diesem gemeinsamen bundesdeutschen und sicherlich auch europäischen Haus.

Eins dürfen wir aber alle nicht ob der Schlagworte Aktien, Bankenkrise, Boni, Kapitalinteressen, Marktwirtschaft, ... vergessen:

- **Der Mensch besteht nicht aus der Addition von Zahlen und ist nicht das Produkt von Angebot und Nachfrage**

Und an alle, die sich ihrer Verantwortung für ihre Gemeinde sowie diesen Staat entziehen, vornehmlich Bankenvertreter und Nichtwähler, „nach mir die Sintflut“ – war der Spruch des französischen Adels vor der Revolution.

Die Einsicht, dass es so nicht weitergeht, ist hoffentlich auch bei der neuen Bundesregierung angekommen:

- Ohne Städte, Kreise und Gemeinden sind die zentralen Aufgaben der Zukunft – wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und sozial Schwachen oder die Sicherung der Standortqualität für Wirtschaft und Handel – nicht zu bewältigen

Es muss sichergestellt bleiben, dass die Länder nicht weitere Lasten auf die Kommunen verschieben, um die eigenen Haushalte auszugleichen. Die Politik muss vielmehr die Finanzausstattung der Kommunen verbessern und dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden mit ihren Einnahmen die gesetzlich auferlegten Leistungen auch tatsächlich finanzieren können.

So - nun aber zum Haushaltsentwurf der Gemeinde Trebur für das Haushaltsjahr 2010:

## HHsatzung

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

<b>im Ergebnishaushalt</b>	
<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	15.732.323 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	23.635.438 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem <b>Fehlbedarf</b> von	<b>7.903.115 EUR</b>
<b>im Finanzhaushalt</b>	
mit dem Saldo aus Ein- u. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.886.615 EUR
und dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.093.040 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.942.300 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	849.260 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	269.902 EUR
mit einem <b>Finanzmittelfehlbedarf</b> des Haushaltsjahres von festgesetzt.	<b>7.156.517 EUR</b>

### § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, wird auf 849.260 EUR festgesetzt.

### § 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.410.000 EUR festgesetzt.

### § 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 19.000.000 EUR festgesetzt.

### § 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	270 v.H.
Grundsteuer B	240 v.H.
Gewerbesteuer	350 v.H.

### § 6

Es gilt der von der Gemeindevertretung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

## § 7

Investive Maßnahmen sind ab einem Wert von 50.000,- Euro einzeln im Haushalt nachzuweisen. Maßnahmen unterhalb dieser Wertgrenze werden bei dem jeweiligen Produkt in einer Summe ausgewiesen.

Gleich die erste Folie zeigt erneut das Problem unserer Gemeinde auf. Mit einem Defizit im Ergebnishaushalt, also den lfd. Einnahmen zur Deckungen der lfd. Ausgaben, in Höhe von rd. 7,9 Mio. EURO ist das Ende des positiven Eigenkapitals bald erreicht. Dieses Defizit steht nicht für sich in 2010 alleine, sondern kumuliert sich mit denen der Vorjahre.

Dieses Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben ist allerdings nicht nur zur Finanzierung unserer Gemeinde entstanden – NEIN – im Detail erkennen wir, wohin die Gelder aus unserem Gemeinwesen hin abfließen.

Wir sehen auch, dass die verausgabten Gelder nicht in durchlaufende Posten gesteckt werden, die den Menschen vor Ort nichts bringen, also verpuffen – NEIN – mit den Steuergeldern wird in Infrastruktur investiert, damit diese Heute und Morgen uneingeschränkt zur Verfügung steht. Die Finanzierung dieser in allen Ortsteilen aufgebauten Infrastruktur ist und bleibt das Problem der Gemeinde Trebur dauerhaft.

Wir erkennen aber auch erneut, dass die Bereitschaft zur adäquaten Bezahlung von Leistungen immer noch nicht vorhanden ist.

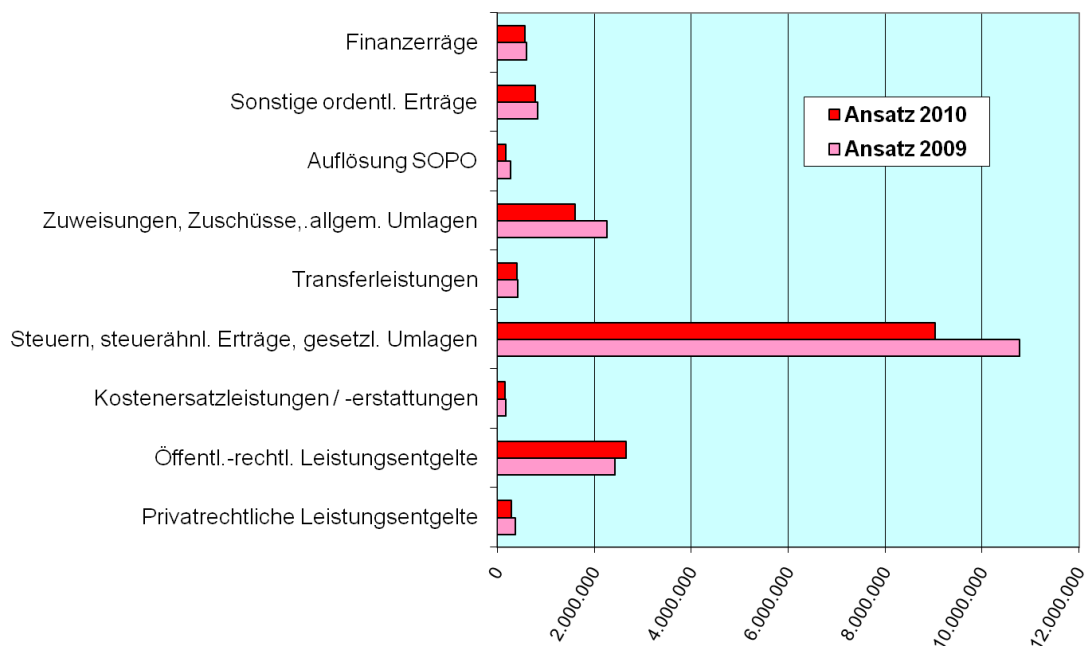
Eher sparsam zeigt sich der Finanzhaushalt, der auch in diesem Jahr mit einer Kreditaufnahme von „nur“ 850.000 Euro auskommt. Diese wiederum wird ebenfalls für den Ausbau von Einrichtungen eingesetzt, zu denen die Gemeinde nicht nur gesetzlich verpflichtet ist, sondern die den Bürgern auch direkt zu Gute kommt – das, da wiederhole ich mich, ist die Wertschöpfung, die ich meine, dass sie dort notwendig ist, wo die Menschen leben, die das Gesamtsystem mit ihren Steuerzahlungen finanzieren bzw. finanziert haben.

Und hier lasse ich keine Regierung dieser Welt aus der Verantwortung.

Jeden Tag werden an den internationalen Börsen über zwei Billionen US-Dollar umgesetzt und außerdem Hunderte Milliarden von Dollar zur Gewinnmaximierung hin- und hergeschoben, wobei ein Teil des Geldes steuerfrei in den sogenannten „Off-Shore-Centers“ geparkt wird – auch mitten in Europa.

Der Wert aller Finanzanlagen der Welt, also Aktien, Anleihen und Schuldtitel aller Art sowie Einlagen auf Bankkonten beträgt heute 150 Billionen US-Dollar und ist damit dreimal so groß wie das Weltbruttoinlandsprodukt, also die weltweite jährliche Wirtschaftsleistung.

## Erträge im Vergleich 2009 zu 2010



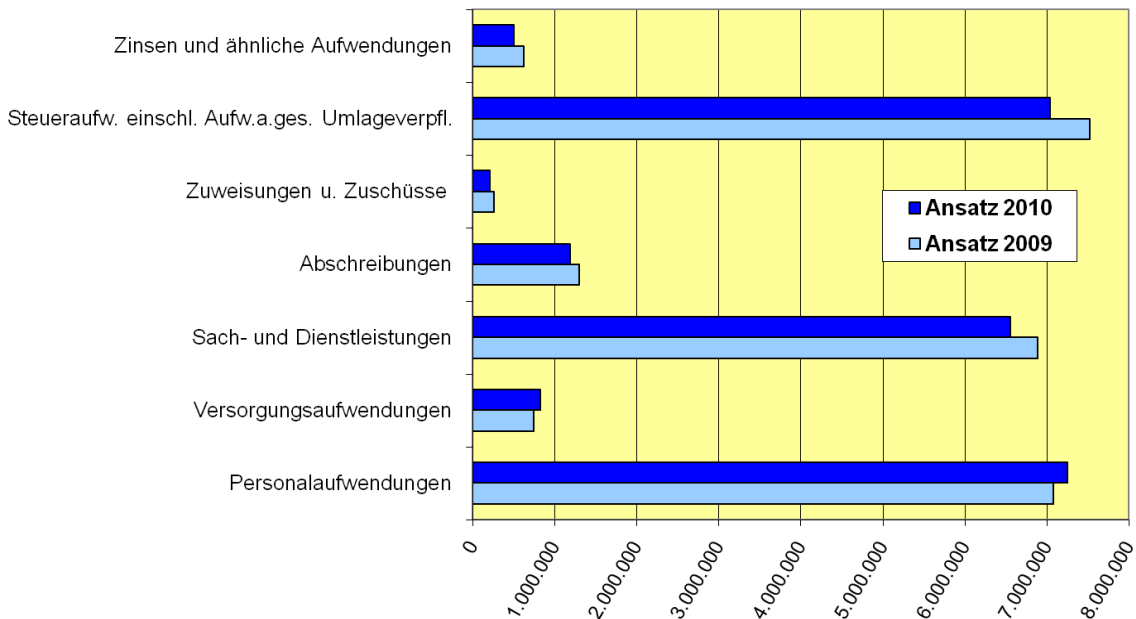
Zuweisungen und Zuschüsse: rd. 680.000 Euro weniger Schlüsselzuweisung vom Land zur Finanzierung des dortigen Defizits. Wir wissen heute, dass sich ab 2011 diese Zuweisung erneut um rd. 300.000,- Euro reduzieren wird (insgesamt 400 Mio. weniger Verteilmasse).

Steuern, steuerähnliche Beträge: rd. 850.000 Euro geringere Gewerbesteuereinnahmen, rd. 800.000 Euro geringerer Einkommenssteueranteil und rd. 110.000 Euro weniger Umsatzsteueranteil.

Insgesamt brechen uns alleine bei diesen Positionen rd. 2,4 Mio. Euro Einnahmen weg.

Es wird interessant, welche ernst gemeinten Sparmaßnahmen in diesem Jahr dazu diskutiert werden.

## Aufwendungen im Vergleich 2009 zu 2010



Steueraufwendungen u.a.: die rd. 500.000 Euro geringere Aufwendungen hängen hier mit rd. 400.000 Euro geringerer Schulumlage und rd. 165.000 Euro geringerer Gewerbesteuerumlage zusammen. Die Gewerbesteuerumlage ist von den Gewerbesteuereinnahmen abhängig. Die Kreis- und Schulumlage u.a. auch – aber keine Angst – ich rechne mit einer Erhöhung der Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage, die natürlich jetzt, also vor der Wahl des Landrats, nicht diskutiert wird. Wahrscheinlich flüchtet der Kreistag erneut in die Vorgabe des Regierungspräsidenten, der eine Erhöhung erzwingen wird. Bei einer Hebesatzänderung von nur 2 Punkten, wird sich die Kreis- und Schulumlage um rd. 400.000 Euro erhöhen.

Sach- und Dienstleistungen: Die Reduktion von rd. 340.000 Euro hängt mit abgeschlossenen Sanierungsmaßnahmen der Hochbauten zusammen. Von den Gesamtausgaben in Höhe von rd. 6,5 Mio. EURO zur Erhaltung der öffentlichen Straßen, Wege, Plätze und Hochbauten, sind weit mehr als 60 % Kosten für Dritte aufzuwenden, alleine rd. 1,2 Mio. Euro für Energie, Wasser, Abwasser, 2,3 Mio. Euro für Müllabfuhr, Reinigung und Straßenbeleuchtung sowie 19% MWST auf alle Leistungen, die auch Städte und Gemeinden zu bezahlen haben. Diese Nebenkosten erdrücken als quasi II. Miete. Insofern ist der Vergleich mit dem privaten Haushalt durchaus möglich, um die Dimensionen erfassen zu können.

Personalkosten: Selbstverständlich werden auch in diesem Jahr wieder die Personalkosten mit rd. 7,3 Mio. Euro zzgl. der Versorgungsaufwendungen wieder „Stein des Anstoßes“ sein.

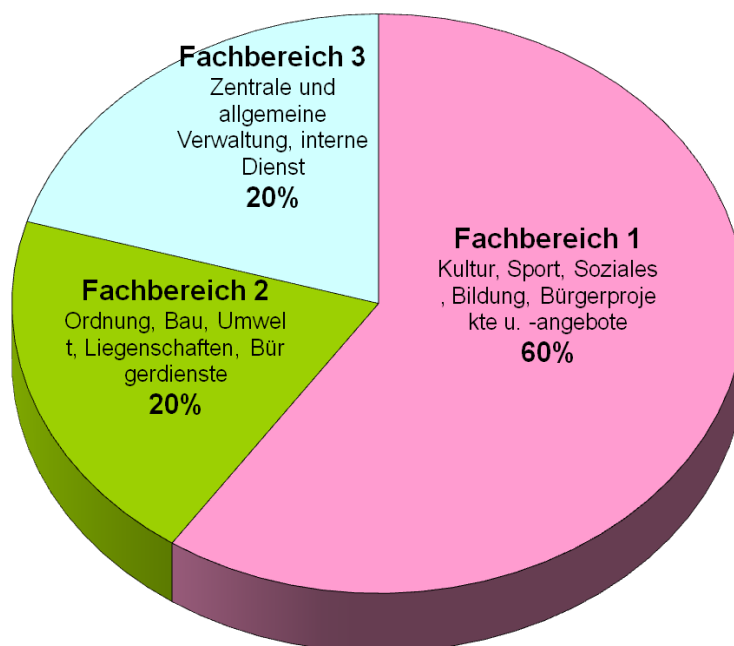
Die Argumente, warum es in der Privatwirtschaft geht Personal einzusparen und im öffentlichen Dienst nicht, sind uns alle bekannt. Sollten solche Vorschläge wieder kommen, so benennen Sie bitte auch, wo die Einsparungen stattfinden sollen und Ihre Bereitschaft besteht, welche Einrichtungen zu schließen bzw. welche Angebote zurückgenommen oder ersatzlos zu streichen sind.

Da fällt mir gerade noch ein Wort zur Arbeitsplatzvernichtung in der Privatwirtschaft ein. Merging ist das Schlagwort, das heißt, immer mehr Fusionen, Übernahmen und Outsourcing kennzeichnen das wirtschaftliche Geschehen. Nokia in Bochum wurde nicht deswegen stillgelegt, weil sich das Werk betriebswirtschaftlich nicht rentiert hätte. Die dort erzielte Kapitalrendite von 15 Prozent war den Investmentbankern zu gering. Sie wollten 25 Prozent haben, wie es sich auch der Vorstandssprecher der Deutschen Bank für sein Unternehmen vorgegeben hat. Diese Marge sollte bei einem Stundenlohn von sechs Euro erreicht werden, wie er in Rumänien bezahlt wird. Man hat also einige tausend Menschen in ihrer

wirtschaftlichen Existenz vernichtet, um eine schon beachtliche Kapitalrendite noch einmal um zehn Prozentpunkte zu erhöhen, was aber dann doch nicht gelang.  
Sie sehen - wir wissen in der Verwaltung wie es geht. Was uns fehlt ist die menschenverachtende Kälte und eine Vertreterversammlung, die entsprechende Beschlüsse fasst – Gott sei dank – dass es in Trebur so nicht ist. Das wäre dann nicht mehr mein Ding.

Ach übrigens – 7,4 Mio. Hartz IV Empfänger wollen eben verwaltet werden, obwohl sie doch in der Lage sein müssten, so Thilo Sarrazin in Bild am Sonntag, sich mit 4,25 Euro am Tag satt zu essen. Da bleibt noch Geld übrig, weil es nach dem Regelsatz für Ernährung ja schon für 3,76 Euro pro Tag drei volle Mahlzeiten gibt. Herr Sarrazin machte diese Rechnung zu einem Zeitpunkt auf, wo er als Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn Netz AG rd. 11.000 Euro Monatsgehalt bezog.

## Personal- und Versorgungsaufwendungen 2010 unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung



Auch die Personalkosten verschwinden nicht einfach so in „sinnloser“ Verwaltungsarbeit, wie einige Zeitgenossen doch meinen, dass Nichtstun die Prägung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sei, ohne zu wissen, was dort wirklich getan wird.

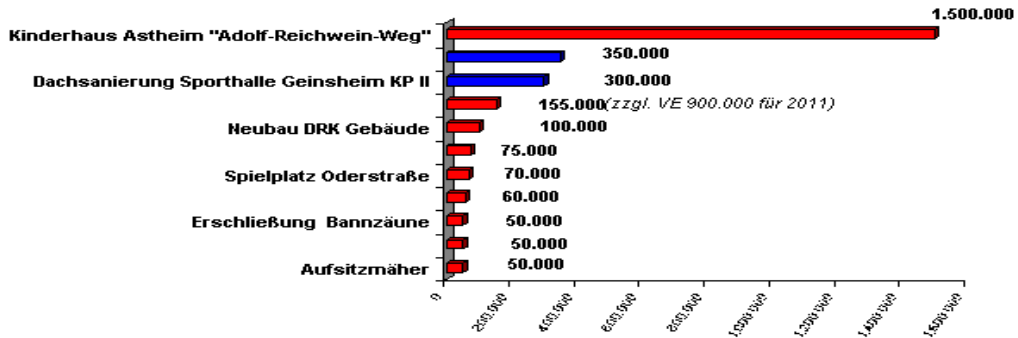
Lediglich 20 % der Personalkosten werden in der internen Verwaltung „vertan“ – in Ämtern wie Kämmerei, Personalabteilung, EDV, Bürgermeister, Gemeindekasse usw.

80 % der Kosten kommen dem Bürger unmittelbar wieder zugute – was so nicht gesehen wird, wenn der Hipo mal wieder einen Bußgeldzettel geschrieben hat, das Ordnungsamt dem im Erdreich versickerten Motoröl nachspürt und die Bauverwaltung die Einhaltung des Bebauungsplans erstreitet.

Gesehen werden nicht die Leistungen die Menschen direkt zugute kommen – Kindergärten, Kinder- und Jugendförderung, Soziale Begleitung im Sozialen Netz, Beratung im Baugenehmigungsverfahren, Ahndung von Umweltsünden, Organisation des Katastrophenschutzes, Abwasseranlagen, die sich bisher auch bei Starkregen als geeignet erwiesen haben und private Haushalte vor etlichen Tausend Euro Schäden bewahrt haben – erinnern Sie sich vielleicht noch an die Diskussion zum Regenrückhaltebecken im OT Astheim?

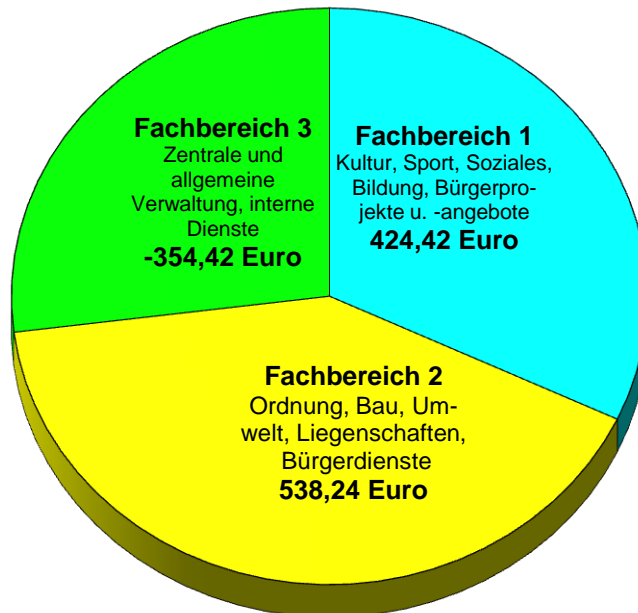
Das Steuergeld kommt den Menschen vor Ort zugute – das ist unsere Aufgabe. So ist es auch im Finanzhaushalt:

### Die großen Investitionen 2010



### Pro-Kopf-Verschuldung 2010 je Fachbereich

- bezogen auf den Ergebnishaushalt -



**Altenwohnheim ab 2010 in Erbbaupacht  
- Kostenvergleich gegenüber Vorjahr -**

<b>Erträge:</b>	<b>Ansatz im Haushalt 2009</b>	<b>Ansatz im Haushalt 2010</b>
Mieteinnahmen	62.000 €	- €
Erbbauzins	- €	1.000 €
<b>Summe der Erträge</b>	<b>62.000 €</b>	<b>1.000 €</b>

<b>Aufwendungen:</b>	<b>Ansatz im Haushalt 2009</b>	<b>Ansatz im Haushalt 2010</b>
Personalkosten	6.300 €	- €
Energiekosten, Wasser, Abwasser	29.000 €	- €
Bauunterhaltung	20.000 €	500 €
Wartungskosten	3.800 €	- €
sonstige Aufwendungen	6.800 €	- €
Aufwendungen für Mieten, Pachten, Erbbauzinsen		10.000 €
Telefonkosten	200 €	- €
Versicherungen	1.000 €	- €
Grundsteuer	1.100 €	- €
Abschreibung	25.608 €	- €
Verzinsung	43.907 €	- €
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>131.415 €</b>	<b>10.500 €</b>

---

**Zuschussbedarf:** - 69.415,00 € - 9.500,00 €

---

*Restbuchwert Altenwohnheim 31.12.2009: 878.150,38 Euro*

nachrichtlich: Bauhof wird in gleichem Umfange zum Einsatz kommen, daher hier nicht berücksichtigt.

Die Frage bleibt nach der Perspektive:

- Umgehungsstraße Trebur
- Geothermie Trebur GmbH
- Jung + Alt = Team = Erfolg

## **Der Haushalt 2010 ist hiermit eingebracht**

### Quellen:

Papiere des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie des Hessischen Städte- und Gemeindebunds

Ou Topos – Suche nach dem Ort, den es geben müsste von Heiner Geißler

## **5. Straßenbeiträge**

### **5.1 Schulstraße 5 bis 70**

- 5.1.1 Abschnittsbildung
- 5.1.2 Fertigstellungsbeschluss
- 5.1.3 Festsetzung des Gemeindeanteils
- 5.1.4 Festsetzung des Beitragssatzes

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig:

Zu 1.)

Für die Abrechnung von Straßenbeiträgen in der Schulstraße wird der Abschnitt wie folgt gebildet:

Im Süden von Grundstück Gemarkung Geinsheim, Flur 1 Fl.-St. 466/28 mittig bis im Norden von Einmündung Schulstraße gegenüber der Grenze zwischen den Grundstücken Flur 1 Fl.-St. 643 zu 655 (Trafostation).

Zu 2.)

Die Fertigstellung der Gehwege in der Gemarkung Geinsheim entlang der Grundstücke, Flur 1, Fl.-St. 466/28, 600/1, 466/16, 601, 692, 602, 604, 684, 673, 612, 613, 614, 628/1, 665, 664, 630, 655 und 656 Schulstraße von Haus 5 bis 70 sowie Spielplatz und Trafohaus wird festgestellt.

Zu 3.)

Der Gemeindeanteil nach § 11 Abs. 3 des Hessischen Kommunalen Abgabegesetzes wird auf 50% festgesetzt.

Zu 4.)

Der Beitragssatz beträgt 0,18 EUR pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche.

## **5.2 Schulstraße 9 bis 33**

- 5.2.1 Fertigstellungsbeschluss
- 5.2.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
- 5.2.3 Festsetzung des Beitragssatzes

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig:

Zu 1.)

Die Fertigstellung der Gehwege in der Gemarkung Geinsheim entlang der Grundstücke, Flur 1, Fl.-St. 692, 691, 690, 689, 688, 687, 686, 679, 680, 681, 682, 683 und 684 Schulstraße von Haus 9 bis 33 (ungerade) wird festgestellt.

Zu 2.)

Der Gemeindeanteil nach § 11Abs. 3 des Hessischen Kommunalen Abgabegesetzes wird auf 25% festgesetzt.

Zu 3.)

Der Beitragssatz beträgt 1,24 EUR pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche.

## **5.3 Schulstraße 35 bis 59**

- 5.3.1 Fertigstellungsbeschluss
- 5.3.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
- 5.3.3 Festsetzung des Beitragssatzes

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig:

Zu 1.)

Die Fertigstellung der Gehwege in der Gemarkung Geinsheim entlang der Grundstücke, Flur 1, Fl.-St. 673, 674, 675, 676, 677, 678, 671, 670, 669, 668, 667, 666 und 665 Schulstraße von Haus 35 bis 59 (ungerade) wird festgestellt.

Zu 2.)

Der Gemeindeanteil nach § 11Abs. 3 des Hessischen Kommunalen Abgabegesetzes wird auf 25% festgesetzt.

Zu 3.)

Der Beitragssatz beträgt 1,14 EUR pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche.

## **5.4 Schulstraße 61 bis 83**

- 5.4.1 Fertigstellungsbeschluss
- 5.4.2 Festsetzung des Gemeindeanteils
- 5.4.3 Festsetzung des Beitragssatzes

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig:

Zu 1.)

Die Fertigstellung der Gehwege in der Gemarkung Geinsheim entlang der Grundstücke, Flur 1, Fl.-St. 664, 663, 662, 661, 660, 659, 658, 650, 651, 652, 653, 654 und 656 Schulstraße von Haus 61 bis 83 (ungerade) wird festgestellt.

Zu 2.)

Der Gemeindeanteil nach § 11Abs. 3 des Hessischen Kommunalen Abgabegesetzes wird auf 25% festgesetzt.

Zu 3.)

Der Beitragssatz beträgt 0,68 EUR pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche.

**6. Grundstücksangelegenheiten**

**7. Antrag der GLT-Fraktion vom 23.09.2009; Lfd-Nr. 601  
Kommunale Abfallwirtschaft**

Der Antrag wird einstimmig an die Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.

Bürgermeister Arnold berichtet über das Vorhaben des Gemeindevorstandes, die Bürgerinnen und Bürger in einem Brief über Erhöhungen der Müllgebühren sowie über die Beiträge für anstehende Sanierungsarbeiten (Straßen, etc.) zu informieren.

**8. Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.09.2009; Lfd-Nr. 602  
Friedhof Geinsheim**

Der Friedhof in Geinsheim wird nachts als Durchlauf von lautstarken Jugendlichen verwendet, die auf dem Weg ins Pup bzw. an die Bushaltestelle sind bzw. wird sich direkt auf dem Friedhof aufgehalten, was die Friedhofsruhe und vor allem die Nachtruhe der Anwohner stört.

Kann ein Gespräch durch Mitarbeiter der Verwaltung mit den Jugendlichen geführt werden, indem auf die Problematik eingegangen wird?

Ist ein Verschließen des Friedhofs nachts möglich?

**Antwort des Bürgermeisters:**

Die Philosophie ist, dass Friedhöfe Orte der Zusammenkunft und Kommunikation sind. Gerade ältere Menschen nutzen in den Sommermonaten die Zeit, um sich dort lange aufzuhalten. Eine Schließung der Friedhöfe hält Bürgermeister Arnold für problematisch bzw. nicht sinnvoll.

Eine Möglichkeit ist, dass die Jugendhausmitarbeiter die Jugendlichen ansprechen, wenn deren Namen bekannt sind. Bürgermeister Arnold wird Hansen Security bitten, die Friedhöfe weiter nachts zu kontrollieren.

**9. Anfrage der SPD-Fraktion vom 05.10.2009; Lfd-Nr. 603  
Wohnhäuser Obere Pforte 3, 20 und 22 in Trebur, Oppenheimer Straße 22 in Geinsheim  
und Pfarrgasse 2 in Astheim**

Die oben genannten gemeindeeigenen Wohnhäuser sind in den Arbeitslisten der unbeweglichen Kulturdenkmäler (§ 2 Hessisches Denkmalschutzgesetz) aufgeführt.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Sind Kulturdenkmäler hinsichtlich der Bausubstanz besonders zu erhalten und zu pflegen?
2. Sind speziell für diese 5 Objekte Mittel zur Sanierung (insbesondere Obere Pforte 20) bereitgestellt, bzw. ist dies geplant?
3. Welche Denkmalschutzaufgaben liegen auf den angegebenen Objekten (Art, Umfang, nur Außen- oder auch Innenbereich) und welche negativen Auswirkungen können diese auf einen eventuellen Verkauf haben?

**Antwort des Bürgermeisters:**

Zu 1 Ja.

Zu 2 Siehe Unterlagen, wie sie in der Ausschusssitzung vom 18.03.2009 allen Mitgliedern des Parlaments überlassen wurden. Der Beschluss lautet damals, dass die Fraktionen auf Grundlage der Unterlagen Anträge stellen, welche Liegenschaften evtl. veräußert werden sollen. Die Anträge stehen bis zum heutigen Tage aus.

Alle genannten Liegenschaften haben energetische Defizite.

**Pfarrgasse 2**

Außen- und Innensanierung ist schon vor Jahren abgeschlossen. In dem Haus wurde der Flohzirkus und die Eugen Schenkel Stiftung aufgenommen. Kleinere Reparaturen und Renovierungsarbeiten sind notwendig.

**Oppenheimer Str. 22**

Außen- und Innensanierung ist schon vor Jahren abgeschlossen. Das Haus hält Wohnungen für sozial schwache Familien und Obdachlose vor. Die Wohnungen sind permanent zu renovieren.

**Obere Pforte 3**

Außen- und Innensanierung ist schon vor Jahren abgeschlossen. In dem Haus sind drei Mietpartien untergebracht. Kleinere Reparaturen und Renovierungsarbeiten sind notwendig.

**Obere Pforte 20 und 22**

Obere Pforte 22 ist Komplettsanierung notwendig. Beide Häuser eignen sich aufgrund ihres Zuschnitts nur für die Vermietung an Familien.

Der dem Parlament bekannte Sanierungsbedarf wird bei Haus Nr. 22 auf rd.100.000,- € beziffert. Für das Haus Nr. 20 sind mindestens rd. 250.000,- € aufzuwenden.

- Zu 3 Auflage allgemeiner Denkmalschutz, keine ausdrücklich genannten speziellen Auflagen. Somit regelt alles Weitere das Hessische Denkmalschutzgesetz; z.B. Materialgerechtigkeit als ein wesentlicher Bestandteil des Denkmalschutzes. Bsp.: Fenster in Holz und nicht in Kunststoff. Fenster ggf. in Kassetten, Butzenfenster usw. herstellen.

Trebur, 02. November 2009

---

Oswin Karolus  
Stellvertretender Vorsitzender der Gemeinde-  
vertretung

---

Anette Welp  
Schriftführerin